

Die unternehmerische Tätigkeit der Arbeiterbewegung als neues Forschungsfeld

In der Bundesrepublik standen die unternehmerischen Aktivitäten der SPD, die sowohl „qualitativ“ als auch „quantitativ“ den größten Umfang unter den politischen Parteien der Bundesrepublik einnehmen,¹ immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Insbesondere der sozialdemokratische Printmedienbereich war in der bundesdeutschen Öffentlichkeit sehr präsent und ist bis heute umstritten.² Die Verabschiedung des Parteiengesetzes 1967 markierte gewissermaßen einen parteipolitischen Kompromiss: Die SPD wehrte sich nicht länger gegen staatliche Mittel für die Arbeit der Parteien, während die CDU ihren Widerstand gegen das in Druckereien und Verlagen angelegte Parteivermögen der SPD einstellte. Die CDU mochte diese Position auch deshalb räumen, weil sich abzeichnete, dass die SPD-Unternehmungen immer weniger Gewinn abwarfen und in eine Krise geraten waren. Wurde in den 1970er Jahren über den Niedergang der „SPD-Presse“ räsoniert, so mehrten sich in jüngster Zeit politische Attacken gegen den inzwischen konsolidierten und wieder Gewinn abwerfenden Unternehmensbesitz der SPD. Einerseits zielten sie gegen eine vermeintlich unlautere Finanzierung der Parteiarbeit durch Unternehmensgewinne, andererseits richteten sie sich generell gegen das Recht von Parteien, Medienbeteiligungen zu halten.³ Die SPD verwies demgegenüber auf das grundgesetzlich geschützte Eigentumsrecht, das auch für Parteien gelte.⁴ Beide Angriffsrichtungen dienten zur Entlastung der Union, nachdem der sogenannte „Spendenuntersuchungsausschuss“ des Deutschen Bundestages begonnen hatte, die Annahme größerer Geldsummen bis heute unbekannt gebliebener Spender an den früheren CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler, Helmut Kohl, aufzuklären. Im Rahmen dieser politischen Kampagne, die der Union schon deshalb leicht fiel, weil sie sich bereits frühzeitig von ihren Pressebeteiligungen getrennt hatte⁵, erschien kurz vor der Bundestagswahl am 22. Sep-

1 Vgl. Wolfgang Ressmann, Strukturprobleme sozialdemokratischer Medienunternehmen. Eine organisationspolitische Analyse der SPD-Presseunternehmen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Mannheim 1991, S. 3. Siehe auch den Überblick von Rainer Fattmann in diesem Heft.

2 Vgl. den Schlussbericht der „Günther-Kommission“ des Deutschen Bundestages zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Bundestag, Drucksache V/3122 und Ulrich Dübber, Geld und Politik. Die Finanzwirtschaft der Parteien, Bonn 1970; vgl. auch Ingeborg Haase, Der SPD-Konzern, in: Die Zeit, Nr. 40 vom 2.10.1964, S. 29ff., und Gerhard Gleissberg, Zur Pressekonzentration und Meinungsmanipulierung, Hamburg 1971. Ähnlich umstritten war die unternehmerische Betätigung des DGB. Vgl. die polemische Streitschrift von Horst-Udo Niedenhoff, Die unbekannte Macht. Unternehmer DGB, Köln 1975.

3 Siehe etwa Andreas Feser, Mehr Transparenz für die SPD-Finanzen, in: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen 373/2000, S. 67–84, sowie die Ankündigung des Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, das Parteiengesetz nach der Bundestagswahl am 22. September 2002 so zu verändern, dass Parteien Medienbeteiligungen grundsätzlich untersagt sind, in: Frankfurter Rundschau vom 5.9.2002.

4 So die Schatzmeisterin der Partei, Inge Wettig-Danielmeier, in ebd.

5 Vgl. Daniela Münkler, Dichtes Beziehungsgeflecht zwischen Partei und Zeitungen. Die CDU und ihre parteinahe Presse, in: Frankfurter Rundschau vom 21. Dezember 2000, Nr. 297, S. 7. Zur Finanzie-

tember 2002 ein Buch des Leiters der Planungsgruppe der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Andreas Feser, über den „Genossen-Konzern“, der das Gemälde eines Medienimperiums zeichnet, das nach dem Niedergang der SPD-eigenen Presse in den 1960er und 1970er Jahren als eigentlich schon zerstört galt.⁶ Der somit anhaltende, periodisch an Schärfe zunehmende und mit allerhand Entstellungen geführte politische Streit um die unternehmerische Betätigung der SPD hat allerdings bis heute nicht dazu geführt, dass sich die Unternehmens-, Parteien- oder sozialgeschichtliche Forschung diesem Thema intensiver und systematisch zugewandt hätte, obgleich erst empirisch fundierte Forschungen imstande sind, die Strukturentwicklung und Funktionen des SPD-Unternehmensbereichs so präzise nachzuzeichnen, dass geklärt werden kann, worüber eigentlich gestritten wurde und gestritten wird.

Zur Geschichte des unternehmerischen Engagements in der deutschen Arbeiterbewegung

Seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert sah sich die europäische Arbeiterbewegung einer geschlossenen Front staatlicher und publizistischer Gegner gegenüber. Um sich Gehör zu verschaffen und ihre Ideen zu verbreiten, um ihre Anhängerschaft zu binden, zu informieren und zu schulen, richteten sowohl die zentralen als auch regionale und lokale Parteistellen publizistische Organe und Mitteilungsblätter ein. Diese mussten in eigenen Betrieben gedruckt, von eigenen Autoren und Redakteuren mit Inhalt gefüllt und gestaltet und von eigenen Verlagen publiziert und finanziert werden. Das Stammkapital wurde von den jeweiligen Parteigliederungen bereitgestellt oder über Genossenschaften von den einzelnen Mitgliedern zusammengetragen. Allein die aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Anhängern gebildeten Vermögen bildeten die Ausgangsbasis des unternehmerischen Engagements in der europäischen Arbeiterbewegung. Insbesondere die mitgliederstarken und intensiver staatlicher Repression ausgesetzten Arbeiterparteien waren es, die sich auf der Basis von Eigenmitteln unternehmerisch betätigten. Bis in die Gegenwart hinein ist diese Tradition lebendig.

In Europa verfügen, neben kommunistischen bzw. post-kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, die SPD über eine nennenswerte Zahl eigener Unternehmungen. In Österreich galt bzw. gilt dies allerdings auch für andere Parteien. Die britische Labour Party wird hingegen vorwiegend aus Gewerkschaftsmitteln finanziert⁷, In Italien besaßen bzw. besitzen die politischen Parteien vor allem eine stark ausgeprägte verlegerische Tradition. In den Niederlanden investierten die Parteien ihre Vermögensreserven hingegen in Staatsobli-

rung der CDU vgl. Frank Bösch, Die Entstehung des CDU-Spendensystems und die Konsolidierung der deutschen Parteienlandschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 695–711.

6 Andreas Feser, Der Genossen-Konzern. Parteivermögen und Pressebeteiligung der SPD, München 2002.

7 Vgl. Thomas Drysch, Parteienfinanzierung. Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1998, S. 94f.

gationen oder Aktien. In Griechenland reicht die unternehmerische Betätigung von Parteien heute am weitesten – sie geht bis hin zur Beteiligung an Lotterien.⁸

Die laufenden Kosten der Zeitungsbetriebe wurden über Abonnements, in späteren Jahrzehnten – als die Sozialdemokratie „salonfähig“ geworden war – auch über Inserate finanziert. Allerdings blieben viele der Zeitungen Zuschussbetriebe, ging es doch in erster Linie nicht um Gewinnerwirtschaftung, sondern um die publizistische Mitarbeit an einem politischen Projekt, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine feste Position in der Gesellschaft, gleiche Rechte und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen verschaffen sollte. Erwirtschaftete Defizite wurden von der Partei oder wirtschaftlicher arbeitenden Druckereien ausgeglichen. Den Unternehmen der Arbeiterbewegung kam von vornherein eine Vorbildfunktion im Bereich der Mitarbeiterbeziehungen zu: sichere Arbeitsplätze und außerordentliche betriebliche Sozialleistungen sollten zeigen, dass erfolgreiches Wirtschaften nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen muss.

Die Unternehmen wurden zunächst als Genossenschaften oder Gesellschaften im Besitz einzelner Parteianhänger gegründet. Allerdings hatte dies den entscheidenden Nachteil, dass zentrale Stellen der Partei im Zweifelsfall keinen direkten Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Blätter und auf betriebliche Entscheidungen hatten. Die Einrichtung von Pressekommissionen sollte hierfür eine gewisse Abhilfe leisten. Im Zuge der Parteispaltungen kam es zwischen 1916 und 1919 zu harten Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung und den Besitz der Zeitungen, Verlage, Druckereien und Buchhandlungen. Zudem konnten im Falle staatlicher Repressionsmaßnahmen derartige Unternehmen und Zeitungen leichter verboten oder enteignet werden. Deshalb bemühte sich die Partei in den 1920er Jahren, die Unternehmen in andere Unternehmensformen wie etwa die GmbH oder die AG zu überführen. Mit dem Versuch, die Besitzansprüche beim Parteivorstand der Partei zu zentralisieren, sollte der Einfluss der lokalen und regionalen Presse- und Parteistellen auf die Gestaltung der Agitation und Information eingegrenzt werden. Außerdem erhoffte man sich, durch allgemeine Rationalisierungsmaßnahmen zu einer besseren Selbstfinanzierung der Betriebe zu gelangen.

Da eine Partei selbst aber bis heute ein nicht rechtsfähiger Verein ist und als solcher keinen direkten Besitz an Unternehmen halten konnte und kann, wurde ein System der Treuhanderschaft entwickelt.⁹ Die Inhaber bestehender Unternehmen wurden zur Unterzeichnung von Treuhandverträgen gedrängt. Wenn mit dem Kapital der Partei ein Unternehmen gegründet wurde, so erhielt die Gesellschaft diesen Besitz treuhänderisch. Allerdings konnte auch dieses System der nationalsozialistischen Diktatur und dem kommunistischen System in der Sowjetischen Besatzungszone nicht standhalten. Die Sozialdemokratie wurde zweimal enteignet: 1933 und 1945/46.

8 Vgl. Rolf Ebbighausen u.a., Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung, Opladen 1996, S. 111ff.

9 Vgl. hierzu ausführlicher: Friedhelm Boll, Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien. Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen, Bonn 2002.

Nach 1945 bemühte sich die SPD um die Lizenznahme für Zeitungen bei den westlichen Besatzungsmächten. Unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft konnten nur in der britischen Zone Lizenzen an Personen, die von der Partei vorgeschlagen wurden, nicht aber an die Partei selbst, vergeben werden. Die Lizenznehmer erhielten ihr Kapital in der Regel von der Partei und schlossen in den meisten Fällen mit ihr Treuhandverträge ab. Der Einfluss der Partei auf die Unternehmen wurde neben der Kapitalgeberfunktion vor allem über personelle Beziehungen gewahrt: neben dem Treuhandsystem fungierten in vielen Unternehmen Parteifunktionäre als Herausgeber oder Gesellschafter.

Nach der Restituierung des parteieigenen Besitzes in Westdeutschland in der Nachkriegszeit kam es mit der Krise der SPD-Presse zu einer Konzentration der Besitzverhältnisse beim Parteivorstand bzw. bei dessen Obergesellschaften. Als Interessengemeinschaft der SPD-Unternehmen wurde nach dem Krieg die „Konzentration“ als Nachfolgerin der bereits in der Weimarer Republik bestehenden Konzentrations-AG wiederbegründet. Sie sollte, finanziert über Beiträge der Mitgliedsunternehmen, den Einkauf zentralisieren, Revisions- und Verwaltungsaufgaben übernehmen sowie Betriebs- und Marktanalysen durchführen.

Im Gegensatz zur Vorkriegszeit hielt der Parteivorstand nur eine geringe Beteiligung an der Konzentration GmbH. Mit Gründung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) wurde die Rolle der Konzentration schrittweise hin zur reinen Grundstücksverwaltung und zur zentralen Stelle für die Wiedergutmachungsbemühungen im Zuge der deutschen Einheit verschoben, welche die Ansprüche der Partei gegenüber dem in der Zwangsvereinigung zur SED verlorengegangenen Vermögen wahrte.

Während des Schrumpfungs- und Konzentrationsprozesses der Parteiunternehmen seit den 1960er Jahren wurden viele Betriebe geschlossen, in Kooperationen mit Konkurrenzunternehmen eingebracht oder verkauft. Die DDVG fasste den Besitz der Partei zusammen und ordnete den Unternehmensbereich neu. Unrentable Unternehmen wurden geschlossen, rentable rationalisiert. Der Gesamtbestand der Eigenbetriebe und Beteiligungen wurde nun stärker nach ökonomischen Aspekten umgestaltet und arrondiert. Dadurch bedingt ist ein Großteil der unternehmerischen Aktivitäten heute auf Minderheitsbeteiligungen bezogen. Zwar kann so eine Meinungsführung im Sinne der SPD in den Medienprodukten nicht mehr erreicht werden, aber es können die meinungsbildenden Aktivitäten der Partei finanziert und der historisch gewachsene Bestand an Parteiunternehmen zumindest substantiell erhalten werden.

Der sozialdemokratische Unternehmensbereich als Forschungsdesiderat

Die deutsche Arbeiterbewegung hat seit ihrer Entstehung erhebliche Wandlungsprozesse durchgemacht, die sich programmatisch, auf ihre soziale Basis und in ihrer Stellung im politischen System niederschlugen. Sie stellt als ein in seiner Prägekraft für den Verlauf der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert überaus bedeutenden Faktor einen wichtigen und vielbeschriebenen Forschungsgegenstand der Politik-, Sozial- und Parteiengeschichte

dar. Umso mehr erstaunt es, dass bislang keine wissenschaftlich fundierte, historische Analyse ihrer unternehmerischen Aktivitäten vorgelegt wurde, obwohl das wirtschaftliche Engagement der Arbeiterbewegung ein bedeutendes Element für deren Organisationsentwicklung, Wählerbindung, Milieu- und Elitenbildung sowie deren politische Handlungsfähigkeit überhaupt darstellte.¹⁰ Bis heute liegt weder eine Studie über die SPD als Unternehmerin, noch eine unternehmensgeschichtliche Studie über sozialdemokratische Unternehmungen vor. Dieser Befund gilt auch für den „verfeindeten Bruder“ der deutschen Sozialdemokratie, die KPD.¹¹

Für den zögernden Umgang mit der Erforschung des Unternehmensbereichs der SPD bestehen drei Gründe:

Erstens liegen unternehmenshistorische Untersuchungen im Feld der Arbeiterbewegungshistoriographie quer zur Spezialisierungsstruktur der historischen Forschung. In der Arbeiterbewegungshistoriographie standen zunächst organisations- und ideenpolitische Fragestellungen im Mittelpunkt des Interesses. Die Sozialgeschichte der Arbeiter konzentrierte sich auf die Erforschung von Klassenbildungsprozessen und Lebenslagen, die vergleichende Beschreibung von Entwicklungsstufen der Arbeiterbewegung und die Rekonstruktion des Alltagslebens der Arbeiter und ihrer Familien. Die politikgeschichtliche Forschung behandelte vorwiegend die Stellung der Sozialdemokratie im deutschen Parteiensystem. Ein Überschneidungsfeld bildeten hingegen lokale und regionale Milieustudien, die auch die Vorfelddorganisationen der Arbeiterbewegung in den Blick nahmen, dabei jedoch die für die Milieubildung zumeist unterschätzten Unternehmungen weitgehend ausklammerten.¹² Die Milieufor-

10 Eine Ausnahme bildet allerdings das Genossenschaftswesen. Vgl. hier Klaus Novy, *Genossenschaftsbewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform*, Berlin 1983; Christiane Eisenberg, *Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Theorie und Praxis der Produktivgenossenschaften der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den 1860er und 1870er Jahren*, Bonn 1985; Gert-Joachim Glaeßner, *Arbeiterbewegung und Genossenschaft. Entstehung und Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Deutschland am Beispiel Berlins (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Bd. 68)*, Göttingen 1989; Michael Prinz, *Brot und Dividende. Konsumvereine in Deutschland und England vor 1914*, Göttingen 1996. Die Erforschung des Genossenschaftswesens hat sich seit den 1980er Jahren stark ausgeweitet, was sich in der inzwischen ausgedehnten sozial-, wirtschafts- und unternehmenshistorischen sowie biographischen Literatur niederschlägt, die Arbeiten vom Wohnungswesen bis zu den Genossenschaftsbanken erfasst.

11 Untersucht wurde jedoch die Presse der KPD, weil sie für ihre Propaganda und Agitation von herausragender Bedeutung waren. Für die Zeit der Weimarer Republik vgl. Christa Hempel-Küter, *Die kommunistische Presse und die Arbeiter-Korrespondentenbewegung in der Weimarer Republik – Das Beispiel Hamburger Volkszeitung*, Frankfurt/M. u.a. 1989. Zudem fand die vielschichtige und charismatische Figur Willi Münzenbergs sowie der sogenannte „Münzenberg-Konzern“ das Interesse der biographischen Forschung. Vgl. Rolf Surmann, *Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921–1923*, Köln 1983. Für die Zeit nach 1945 vgl. einführend Ressmann 1991, S. 138ff., sowie wiederum Christa Hempel-Küter, *Die KPD-Presse in den Westzonen von 1945–1956. Historische Einführung, Bibliographie und Standortverzeichnis*, Frankfurt/M. u.a. 1993. Der Unternehmensbereich der DKP hat bisher – ausgenommen in den Berichten des Verfassungsschutzes – keinerlei Darstellung gefunden.

12 Vgl. etwa Frank Heidenreich, *Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 3)*, Weimar/Köln/Wien 1995, der aber die Rolle der Arbeiterbüchereien und regionalen Parteipresse behandelt, sowie Thomas Adam, *Arbeitermi-*

schung, aber auch die historische Publizistik behandeln zudem ausschließlich die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Wie die Presseunternehmen der Partei auf das Milieu der Arbeitnehmerschaft nach 1945 einwirkten, wie sich die sozialdemokratische Umweltwahrnehmung in ihren Medien abbildete und welche Realität diese konstruierten, liegt ebenso im Dunkeln wie die Reaktionen der sozialdemokratischen Unternehmungen und ihrer „Unternehmer“ auf den Prozess der Auflösung dieses Milieus und die Versuche einer neuen Standortbestimmung in der bundesdeutschen Gesellschaft. Selbst die Frage, inwieweit die meist regional agierenden SPD-Zeitungen bei der politischen Kommunikation mitwirkten, inwiefern sie zur Meinungsbildung auf den verschiedenen Ebenen der Parteiorganisation beitrugen, konnte bislang nicht befriedigend beantwortet werden. Die Unternehmensgeschichte hingegen beschäftigte – und beschäftigt – sich in der Regel mit Unternehmen außerhalb des Bereichs der Arbeiterbewegung.¹³ Zwar fächerten sich diese Forschungsrichtungen methodisch und thematisch auf, ohne dass jedoch die unternehmerische Betätigung der SPD irgendwo systematisch in den Blick geriet.¹⁴ Insofern erfordert die historische Beschäftigung mit dem SPD-Unternehmensbereich eine Grenzüberschreitung innerhalb einer hoch spezialisierten Forschung.¹⁵

Zweitens bestätigt Wolfgang Ressmann in seiner 1991 angefertigten Studie über Strukturprobleme sozialdemokratischer Medienunternehmen, dass selbst umfangreiche Untersuchungen und Abhandlungen im Rahmen der Parteienforschung, unabhängig ob sie theoretisch oder empirisch angelegt sind, kaum „systematische Hinweise“ auf „unternehmerische Prozesse“ politischer Parteien im Massenmedienbereich enthalten.¹⁶ Ressmann erklärt dieses Defizit mit der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Parteien bzw. ihrer Unternehmungen und der zumeist fehlenden Bereitschaft, Unternehmensakten und wichtige Hinter-

lieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871–1933 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 8) Weimar/Köln/Wien 1999, der auch die Konsumvereine und Baugenossenschaften mitbetrachtet.

13 Zur Entwicklung der Unternehmensgeschichte vgl. Hans Jaeger, Unternehmensgeschichte in Deutschland seit 1945. Schwerpunkte – Tendenzen – Ergebnisse, in: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), S. 107–132. Eine Ausnahme bildet die Erforschung der „freien Gemeinwirtschaft“, die infolge der Wirkung der neuen sozialen Bewegungen und mit der Krise der „Neuen Heimat“ in den 1980er Jahren großes Interesse erfuhr. Vgl. Marcus Richter, Entstehungs-, Entwicklungs- und Wandlungsprobleme im Bereich des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens „Neue Heimat gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft“, Diss., Köln 1992, oder John Siegfried Mehnert, Die Gewerkschaftsbande, Hamburg 1997.

14 Siehe jedoch die Darstellung Detlev Brunners [50 Jahre Konzentration GmbH, Berlin 1996] über die „Obergesellschaft“ der parteieigenen Unternehmen, die „Konzentration“, und den Abriss Bolls (2002) über den SPD-Medienbereich; Siehe auch aus politologischer Sicht, ohne Zugriff auf die Akten des SPD-Unternehmensbereichs: Göttrik Wewer, Sozialdemokratische Wirtschaftsbetriebe. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung von parteieigenen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1987.

15 Am ehesten deutet sich diese noch in der biographischen Literatur an. Vgl. Stefan Appelius, Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999.

16 Ressmann 1991, S. 2.

grundinformationen zumal für die Zeit nach 1945 zur Verfügung zu stellen. Das zugängliche Quellenmaterial sei im Vergleich zu anderen Fragestellungen in der Organisationsgeschichte der Parteien somit „eher gering“.¹⁷

Um dieses Manko zu überwinden, müsste nicht nur ein „grenzüberschreitendes Interesse der Forschung“ geweckt, sondern auch die Bereitschaft der Parteien und der betroffenen Unternehmen gestärkt werden, das vorhandene Quellenmaterial zugänglich zu machen. Für die SPD und deren Unternehmensbereich scheint dies inzwischen der Fall zu sein. Zum erstenmal ist sie bereit, der Forschung ihr „Unternehmensarchiv“ zugänglich zu machen. Damit ergibt sich die Chance, ein vermeintlich „besonders sprödes Thema“ aus einer „politischen Tabuzone“ der Parteienforschung herauszuholen.¹⁸

Drittens gestaltet sich die Quellenanalyse zu unternehmensgeschichtlichen Fragestellungen als ausgesprochen komplex und schwierig. Dies liegt zum einen an der komplizierten Verzweigung des Unternehmensbereichs, der in der Zeit nach 1945 mehreren Umstrukturierungsprozessen unterworfen war, zum anderen an der unsystematischen Ablieferung der Akten und der noch nicht erfolgten archivalischen Aufbereitung des Materials. Erst diese bietet aber die Voraussetzung dafür, die Erforschung der Presse-, Druck- und Verlags- und sonstigen Unternehmungen als neues Forschungsfeld innerhalb der Historiographie der Arbeiterbewegung, der Sozial- und Unternehmensgeschichte zu positionieren, um so neue Erkenntnisse über die „Reproduktions“- und Handlungsfähigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, über Formen der politischen und soziokulturellen Milieubildung und Milieubindung in Deutschland, die Auflösung der sozialdemokratischen Subgesellschaft im Zuge des gesellschaftlichen und politischen Modernisierungsprozesses zu gewinnen und um darüber hinaus die Untersuchung politischer Tendenzunternehmen in das Blickfeld der historischen Unternehmensforschung zu bringen.

Entwicklungslinien der Arbeiterbewegungshistoriographie

Die Frage, warum der Geschichte sozialdemokratischer Unternehmen bisher noch keine besondere Bedeutung innerhalb der Arbeiterbewegungshistoriographie zugefallen ist, hängt eng mit deren Genese und den Konjunkturen dieser Historiographie zusammen.

In einer ersten „Phase“, bis zum Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, diente die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung weitgehend einer „Hausgeschichtsschreibung“ der Partei und einer ausgegrenzten sozialen Bewegung als „Erinnerungspolitik in eigener Sache“.¹⁹ In diesem Kontext wurde mit Stolz auf die publizistischen Aktivitäten der Par-

17 Ebd., S. 11.

18 Siegfried Heimann, Die Sozialdemokratie: Forschungsstand und offene Fragen, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 177.

19 Zur Phasenbildung Helga Grebing, Geschichte der Arbeiterbewegung – eine eigene wissenschaftliche Disziplin?, in: Gerhard Botz/Josef Weidenholzer (Hg.), Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung, (= Materialien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 2), Wien 1984, S. 3–22, hier S. 4.

tei verwiesen. So macht Franz Mehring in seiner „klassischen“ Darstellung der Geschichte der Sozialdemokratie aus dem Jahr 1879 auf die besondere Bedeutung der Parteipresse aufmerksam, die den Gegnern der Arbeiterbewegung als ein „warnendes Signal“ dafür diene, wie sehr im Jahr 1877 „die Wasser der Bewegung im Wachsen begriffen waren“.²⁰ Bei Mehring finden sich eine erste Auflistung der sozialdemokratischen Zeitungen, ihrer Auflagenstärke, ihres nationalen und internationalen Verbreitungsgebietes sowie einige Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Redaktionen.²¹

Der Blick auf die parteieigene Presse fiel jedoch nicht immer positiv aus. Ludwig Brügel widmet ihr in seiner Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie von 1922 ein wenn auch kurzes, aber immerhin eigenständiges Kapitel, in dem die Qualität der Parteipresse zwischen 1878 und 1889 als nicht allzu hoch eingestuft wird. Wesentlich kritischer als Mehring merkt Brügel an, dass die Arbeiterpresse in diesem Zeitraum „getreulich das Bild der zerfahrenen Parteiverhältnisse“ widerspiegelte: „Hie gemäßigt, hie radikal!“.²² Aber auch in der deutschen Sozialdemokratie wurden gleich nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ Klagen über die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Parteiblätter laut, die fast vollständig auf das Inseratengeschäft verzichteten, weil die Agitationsfunktion im Vordergrund stand.

Schon vor der Jahrhundertwende setzte im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Tagespresse, die von Zeitgenossen durchaus als „Kommunikationsrevolution“ aufgefasst wurde, eine breitere Auseinandersetzung über die „Parteipresse“ ein, die erste wissenschaftliche Studien sowohl über verschiedene Einzelaspekte als auch die Gesamtheit des publizistischen Engagements der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hervorbrachte und bis zum Ende der Weimarer Republik reichte.²³ Erstaunlicherweise brachte die „Professionalisierung“ der Arbeiterhistoriographie im Zuge ihrer Akademisierung nach 1945 keine ausgereiften Studien zum SPD-Unternehmensbereich und dessen wechselvoller Geschichte hervor, wenngleich die Parteipresse und einzelne Zeitungen – wie vor allem der „Vorwärts“ – unter anderen Fragestellungen immer wieder in das Blickfeld historischer Betrachtungen gerieten. In dieser zweiten Phase der Arbeiterbewegungshistoriographie griff die Forschung zwar stark auf die Parteipresse als Quellengattung zurück,²⁴ doch ging sie den konkreten Entstehungs- und

20 Franz Mehring, Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre, 3. durchges. u. vermehrte Auflage, Bremen 1879, S. 168.

21 Ebd., S. 168f.

22 Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Wien 1922, S. 409f.

23 Vgl. etwa Adolf Held, Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart, Leipzig 1873, Ernst Drahn, Zur Entwicklung und Geschichte des sozialistischen Buchhandels und der Arbeiterpresse, Gautzsch bei Leipzig 1913 (Nachdruck London 1978), die Dissertation von Ludwig Kantorowicz, Die Sozialdemokratische Presse Deutschlands. Eine soziologische Untersuchung, Tübingen 1922, die Arbeit von Herbert Fritzsche, Das Inseratenwesen der Sozialistischen Presse, Diss., Leipzig 1925, den Überblick von Paul Kampffmeyer, Der Sozialdemokratische Pressedienst (SPD). Eine Betrachtung über die Entwicklung, den Aufbau und die Aufgaben des sozialdemokratischen Pressedienstes, Berlin 1929 oder die Dissertationen von Anton Dang, Die sozialdemokratische Presse Deutschlands, Darmstadt 1928 und Walter Auerbach, Presse und Gruppenbewußtsein. Vorarbeit zur Geschichte der deutschen Arbeiterpresse, Leipzig 1931.

24 Vgl. Nicolae Goldberger/Nicolae Copoin/Kurt Koszyk, Die Arbeiterpresse als Quelle der Geschichte

Entwicklungszusammenhängen des sozialdemokratischen Bücherei-, Druck- und Verlagswesens sowie der parteieigenen Presse nicht nach. Sie beließ es in aller Regel dabei, diese als politisch wichtigstes Agitationsmittel und als Ort von Theoriedebatten aufzufassen. Eine Ausnahme bildeten hierbei allerdings die Pionierleistungen von Kurt Koszyk, der sich, ausgehend von seiner Dissertation über die sozialdemokratische Presselandschaft des Ruhrgebiets, diesem Thema systematisch widmete und neben einer umfangreichen Bibliographie die Grundzüge für eine Geschichte der SPD-Presse vorlegte.²⁵

Die dritte Phase der Historiographie der Arbeiterbewegung wurde politisch eingeleitet durch die Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD von 1959 und stand unter dem Eindruck der als zunehmend irreversibel empfundenen deutschen Teilung sowie des Zentralkonflikts zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung in Ost und West. Von hier aus bewegten sich die Arbeiten zwischen einer engagierten, kritisch-politischen Geschichtsschreibung (Susanne Miller, Willi Eichler, Erich Matthias, Helga Grebing, Hans Mommsen, Gerhard A. Ritter, Wolfgang Abendroth et. al.) und den ersten modernen sozialgeschichtlichen Arbeiten (Werner Conze, Wilhelm Abel, Wolfram Fischer et. al.). Dabei nahmen auch die Ideen- und Ideologien Geschichte²⁶ sowie die Organisationsgeschichte²⁷ einen neuen Aufschwung. In diesem Rahmen wurde die sozialdemokratische Presse systematischer als Forschungsgegenstand erschlossen, und es entstanden einige Studien über sozialdemokratische Zeitungen und Verlage.²⁸ In sozialgeschichtlichen Studien über lokale und regionale sozialdemokratische Milieus trat die agitatorische und Theorie vermittelnde Funktion der Presse allmählich zurück; stattdessen wurde sie stärker als Quelle für die Untersuchung von Bindungsproblemen des Milieus genutzt, etwa indem die Auflagen- und Abonnentenentwicklung genauer betrachtet und der Charakter der Parteizeitungen als Vereinsblätter herausgearbeitet wurde.

Gleichwohl: „Die SPD als Unternehmerin“ fiel aus dem normativen Rahmen und wurde nicht zum Gegenstand des Forschungsinteresses, auch nicht, als die etablierte Sozialgeschichte begann, mit methodologischen und thematischen Neuerungen die Barrieren der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte zur Gesamtdisziplin zu durchbrechen.²⁹ Die Diversifizie-

der Arbeiterbewegung (4. Linzer Konferenz), Bucuresti 1968.

25 Kurt Koszyk, *Anfänge und frühe Entwicklung der sozialdemokratischen Presse im Ruhrgebiet (1875–1908)*, Dortmund 1953; ders.: *Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933*, Heidelberg 1958.

26 Vgl. Lars Lambrecht/Hans Jörg Sandkühler (Hg.), *Arbeiterbewegung und Wissenschaftsentwicklung*, Wolfgang Abendroth zum 75. Geburtstag, Köln 1981.

27 Vgl. z.B. Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen*, München 1989.

28 Vgl. Kurt Koszyk unter Mitarb. von Gerhard Eisfeld: *Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie*, 2. überarb. u. erw. Auflage, Bonn 1980 (1966); Brigitte Emig/Max Schwarz/Rüdiger Zimmermann, *Literatur für eine neue Wirklichkeit – Bibliographie und Geschichte des Verlages J.H.W. Dietz Nachf. 1881–1981*, Bonn 1981.

29 Vgl. Werner Conze, *Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung in Geschichte und Gegenwartsbewusstsein*, Göttingen 1963; Karl R. Stadler, *Problematik und neue Impulse der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung*, in: Wolf Frühauf (Hg.), *Wissenschaft und Weltbild. Festschrift für Herta Firnberg*, Wien 1975.

rung der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsforschung brachte das unternehmerische Engagement der Arbeiterbewegung ebenso wenig aus seinem Schattendasein heraus, wie das Plädoyer Klaus Tenfeldes, die neuen sozialhistorischen Ansätze mit der „Subdisziplin Arbeiter- und Arbeiterbewegungsforschung“ zu verbinden und das „Spannungsfeld der Interdisziplinarität“ stärker zu berücksichtigen, indem die Unternehmens-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte stärker mit der Politikgeschichte und Politikwissenschaft verwoben werden.³⁰ Dass dieser Aufforderung zunächst nicht nachgegangen wurde, stand sicherlich auch im Zusammenhang mit einem weiteren, äußeren Faktor: Mit dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ ging der vertraute Konflikt zwischen kommunistischer und nicht-kommunistischer Arbeiterbewegungshistoriographie verloren, und es tauchte die Frage auf, ob die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht überhaupt an ihr Ende gelangt sei.³¹ Allenfalls kam es in der jüngsten Zeit zu einer Verschiebung der Forschungsschwerpunkte, da sich die Archive der kommunistischen Welt für die Arbeiterbewegungshistoriographie öffneten, ohne dass die von Tenfelde angesprochenen Grundprobleme der Arbeiterhistoriographie als Wissenschaftsdisziplin bislang zufriedenstellend gelöst werden konnten.

Auf der 30. Tagung der ITH 1995 griff Rudolph Ardelit die Kritik Tenfeldes deshalb noch einmal auf. Für ihn zeichnete sich die Arbeiterhistoriographie nach wie vor durch eine „Verengung des Blickes“ aus. Die Geschichte der Alltagskultur, proletarischer Lebensweisen, der Arbeiterkultur sowie die „mikrohistorische Sicherung“ von Zeugnissen bis hin zur sogenannten *oral history* hätten zwar zu einer Flut lokal-, regional- und betriebsgeschichtlicher Studien geführt, entbehrten aber bislang „makrohistorischer Problemstellungen“. Eine Vernetzung wäre aber von Vorteil, da beispielsweise gerade im Bereich der Organisationsgeschichte von Parteien und Gewerkschaften wesentlich stärker Probleme der Integration, der *corporate identity*, der Mobilisierung und der Steuerungsmöglichkeiten in den Blickwinkel der Forschung gerückt würden. Biographische Arbeiten über Parteiführer müssten durch die „beschwerliche Analyse“ der Großorganisationen, ihrer Strukturen, ihres Wandels, ihrer Außenwirkung und ihrer Beziehungen untereinander ergänzt werden.³²

Für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bieten Untersuchungen über den Unternehmensbereich der SPD einen wichtigen Gegenstand der Forschung, um neue Aufschlüsse über die Bildung bzw. den Niedergang des sozialdemokratischen Milieus und über sozialdemokratische Biographien³³ zu gewinnen.

30 Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte und vergleichende Geschichte der Arbeiter, in: Ders. (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung (= Historische Zeitschrift, Sonderhefte, Bd. 15), 1986, S. 13–36, hier S. 15f.

31 Vgl. Bruno Groppo/Christine Schindler u.a. (Hg.), Historiographie der Arbeiterbewegung in Deutschland nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ (= ITH-Tagungsberichte 32), Wien 1998.

32 Rudolph Ardelit, Perspektiven der Geschichte der Arbeiterbewegung oder der „enge Blick“ und die „Wende“, in: Bruno Groppo/Christine Schindler, u.a. (Hg.), Die Internationale der „Labour Historians“. Stand und Perspektiven der Arbeiter/innen/geschichtsschreibung im 30sten Jahr der ITH (= ITH-Tagungsberichte 30), Wien 1995, S. 36–44, hier S. 37ff.

33 Vgl. Koszyk 1980.

Überschaut man die vorliegende Literatur, dann lassen sich sehr unterschiedliche Formen der Beschäftigung mit der Geschichte des SPD-Unternehmensbereichs ausmachen. Einen Großteil der Literatur machen Unternehmensfestschriften und Würdigungen verdienter Persönlichkeiten aus, die Zwecken der Werbung, der Mitarbeiterbindung bzw. der Ehrung dienen.³⁴ Seit den 1970er Jahren wächst die Anzahl von Spezialstudien politikwissenschaftlicher und publikationswissenschaftlicher Provenienz an, die vor allem durch den Niedergang der sozialdemokratischen Presse angeregt wurden³⁵, aber auch andere Probleme wie die Funktionen von Mitgliederzeitschriften der Parteien bearbeiten.³⁶ Dabei wurde auch versucht, dem Wandel der sozialdemokratischen Presse nachzugehen.³⁷ Die historische Publizistik brachte daneben einige Arbeiten zur Geschichte der sozialdemokratischen Lizenzpresse hervor³⁸ und behandelte in speziellen überblicksartigen Bestandsaufnahmen oder in Handbuchdarstellungen zur politischen Presse der Bundesrepublik auch diejenige der SPD.³⁹

34 Vgl. als frühe Beispiele: SPD (Hg.), *Unsere Betriebe von 1890–1925. Den Geschäftsführern und Pressekommisionen vom Parteivorstand überreicht*, Manuskript, Berlin 1926 und *Den Freunden der Vorwärts Buchdruckerei*, Berlin 1927. Vgl. ferner Walter G. Oschilewski (Hg.), *10 Jahre Konzentration. Vom Werden und Wirken einer Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmungen*, Bonn 1956; *20 Jahre Hannoversche Presse*, Hannover 1966; *Vorwärts gestern, heute, morgen. 1876–1966. 90 Jahre. Aus dem neuen Haus einen Gruß an alle Freunde*, Bad Godesberg 1966; Johann Cramer (Hg.), *Schicksalsweg der Sozialdemokratischen Presse und der Großdruckerei Paul Hug & Co in Wilhelmshaven, Wilhelmshaven o. J. [ca. 1979]*. Siehe jüngst auch: *Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Presse Druck G.m.b.H., Bielefeld 1996* sowie auch Brunner 1996 (mit historischen Porträts sozialdemokratischer „Unternehmer“). Siehe ferner *Konzentration GmbH und Co. KG (Hg.), Die neuen Mitbestimmungsregelungen in den SPD-eigenen Druck- und Verlagsunternehmen: ein Beispiel für andere*, Bonn-Bad Godesberg, [ca. 1977].

35 Neben Rössman 1991 und Wewer 1987 vgl. auch Rolf-Martin Korda, *Verspieltes Erbe. Die SPD und ihre Zeitungen*, Hamburg 1973, Klaus Lesche, *Das programmierte Ende. Die SPD-nahe Lizenz-Tagespresse 1945–1958 und ihre Verflechtungen mit der Partei*, München 1988 und jüngst Thomas Schürmann, *Das Ende des „Vorwärts“*. Eine Monographie über den Liquidationsprozess der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift zwischen 1975 und 1989, Frankfurt/M. 1997.

36 Norbert Thomas Hoyer, *Innerparteiliche Demokratie und die Aufgabe der Mitgliederzeitschriften der Parteien. Grundsätzliche Überlegungen sowie eine vergleichende Untersuchung der Mitglieder von CDU und SPD*, Bonn 1976.

37 Teilweise handelt es sich bei solchen Arbeiten um Examensarbeiten oder Dissertationen, die nur schwer zugänglich sind. Vgl. aber Thomas Simeon, *SPD-verbundene Tageszeitungen zwischen 1945 und 1959. Ein Beitrag zur Klärung der praktischen Pressepolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Nachkriegszeit*, Diss. Berlin 1983 und Elke Schröder, *Partei- und Presse im Wandel. Die Hannoversche Presse von 1946 bis 1958*, Bielefeld 1996.

38 Vgl. Rüdiger Liedtke, *Die verschenkte Presse – Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945*, Berlin 1982; Klaus Lesche, *Konzeption und Parteibindungen SPD-naher Lizenzzeitungen der britischen Besatzungszone*, München 1986; Katrin Martens, *Die Neue-Ruhr-Zeitung in Essen 1946–1949. Entstehung und Entwicklung einer Lizenzzeitung*, Bochum 1993; Stephan Pieroth, *Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945–1971. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit“*, Mainz 1994. Als Hilfsmittel siehe: *Verzeichnis sozialdemokratischer Lizenzträger und Redakteure in Partei- und Gemeinschaftszeitungen*, o. O. 1948.

39 Vgl. Alfred Eberlein, *Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den Dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967. Bibliographie und Standortverzeichnis der Presse der deutschen, der österreichischen und der schweizerischen Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorgani-*

In der frühen wissenschaftlichen Literatur zur Parteienfinanzierung der Bundesrepublik wurde zunächst die Tendenz zur staatlichen Subventionierung der Parteien problematisiert, auch wenn sie u.a. die übliche „getarnte Parteifinanzierung“ über Inserate in Parteizeitungen – und -zeitschriften aus öffentlichen oder privaten Mitteln ablösen sollte. Formen der Vermögensanlage und Vermögensbildung in parteieigenen Unternehmen wurden dabei jedoch noch nicht in den Blick genommen.⁴⁰ In der neueren Literatur werden diese wenigstens teilweise kursorisch mitbehandelt; doch im Mittelpunkt stehen Fragen der staatlichen Parteienfinanzierung.⁴¹ Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Parteienfinanzierung in der Europäischen Gemeinschaft gelangt zu dem Ergebnis, dass die Erträge aus Vermögenswerten nirgendwo eine nennenswerte Rolle für die Finanzierung der politischen Arbeit chronisch unterfinanzierter Parteien spielen.⁴² Es mag deshalb auch diesem Umstand geschuldet sein, dass die Untersuchung parteieigenen Vermögens für die Parteienfinanzierung allenfalls am Rande der Spezialliteratur angesiedelt ist.

Schließlich bieten einige Arbeiten einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der sozialdemokratischen Unternehmungen.⁴³ Stefan Appelius nähert sich der Geschichte des SPD-Unternehmensbereichs nach 1945 in seiner Biographie über Fritz Heine und wertet bislang unbenutzte Archivalien aus.⁴⁴ Den besten Zugang bietet die Monographie von Friedhelm Boll, ohne dass in ihr bereits aufgrund der unbearbeiteten Quellenlage eine genauere Auseinandersetzung mit den internen Entwicklungen der Unternehmen stattfinden konnte.⁴⁵ Ähnliches trifft – in abgeschwächter Form – für die gut informierte Überblicksdarstellung von Detlev Brunner über „50 Jahre Konzentration GmbH“ zu.⁴⁶ Sie weist einen Weg aus dem Wust tendenziöser und im Kern parteipolitischer Streitschriften, die als Zeitungsartikel, durchaus aber auch im Gewand wissenschaftlicher Aufsätze⁴⁷ bisher erschienen sind.

sationen, Frankfurt 1968–1969; Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971 (2. Aufl. 1981) und ders.: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981 sowie Horst W. Schmollinger/Richard Stöss, Die Presse der Parteien und Gewerkschaften in der BRD 1945–1974. Materialien zur Parteien- und Gewerkschaftsforschung, München 1975.

40 Vgl. die Rede Theodor Eschenburgs bei der Feierlichen Rektoratsübergabe an der Universität Tübingen am 9. Mai 1961: Theodor Eschenburg, Probleme der modernen Parteifinanzierung, Tübingen 1961.

41 Vgl. Rolf Ebbighausen u.a., Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung, Opladen 1996, S. 111ff.

42 Tsatsos 1992.

43 Vgl. Adolf Rupprecht, Geschichte der Wirtschaftsbetriebe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o.O. [1948]; vgl. auch ders.: Wie die Nazis das Eigentum der SPD raubten und zerstörten. Aus den Aufzeichnungen eines ehemaligen leitenden sozialdemokratischen Funktionärs, Berlin/DDR 1960.

44 Appelius 1999.

45 Boll 2002.

46 Brunner 1996.

47 Feser 2000 und Feser 2002.

Alle bislang vorliegenden Arbeiten können jedoch weder die genaue Zahl der Unternehmungen, die zum SPD-Unternehmensbereich zählten, noch deren Verflechtungen oder auch nur die Gesamtzahl der in ihnen Beschäftigten nennen. Sie weisen zudem einen Mangel an Kenntnissen über die Vorgänge in den Unternehmen auf, da diese nicht als soziale Organisationen mit komplexen internen Kommunikationsstrukturen wahrgenommen werden. Die Arbeitsergebnisse erscheinen deswegen entsprechend bruchstückhaft. Medien- und kommunikationswissenschaftliche Arbeiten, wie etwa Thomas Schürmanns Buch „Das Ende des ‚Vorwärts‘“⁴⁸ leiden meist unter einer zu großen Quellenferne oder problematischen Quellenauswahl und einer für eine historische Betrachtungsweise nicht immer brauchbaren Methodik: Für die Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung und ihrer Medienunternehmen aus historischer Sicht sind derartige Untersuchungen aufgrund ihrer medienpolitischen Fragestellung und rein deskriptiven Herangehensweise vielfach nur bedingt aussagekräftig. Nahezu vollständig fehlen Untersuchungen, die zumindest punktuell technikhistorische Aspekte – also den Fortschritt von Aufschreibesystemen und graphischer Technik – mit Fragen des Investitions- und Marktverhaltens in Überlegungen zur Konkurrenzfähigkeit einbeziehen.⁴⁹ Angesichts dieser Ausgangslage erscheint eine umfassende Recherche und Sicherung des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials sowie dessen perspektivenreiche Auswertung für eine weitere unternehmenshistorische Auseinandersetzung mit dem Thema als unerlässlich.

Insgesamt fehlt es somit an einem repräsentativen Set vergleichbarer, methodisch ausgewiesener, quellengesättigter und gut erforschter Fallbeispiele zur wirtschaftlichen Entwicklung von SPD-Betrieben. Hierauf aufbauend könnten dann Studien zu größeren Strukturen entstehen, zur wechselseitigen finanziellen Verflechtung mit der Partei oder der Mitarbeiterbeziehungen im sozialdemokratischen Wirtschaftsbetrieb. Die so zu gewinnenden Erkenntnisse könnten dann in das Gesamtbild der historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung und politischer Tendenzunternehmungen eingearbeitet werden.

Fragestellungen, Forschungsdesign und Forschungsgegenstände

Die bisherige wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Unternehmensbereich der Arbeiterbewegung lässt klare Defizite und Probleme erkennen. Milieustudien untersuchen zwar die Entwicklung einer Vielzahl sozialdemokratischer Organisationen und setzen sie miteinander in Beziehung, aber klammern einen zentralen Knotenpunkt dieses Netzwerkes, nämlich den Unternehmensbereich, aus und lassen nur begrenzte Kenntnisse über den Stamm des weitverzweigten Entwicklungsbaumes der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu. Auch wird die Abstützung sozialdemokratischer Führungsgruppen auf den Unternehmensbereich und dessen Bedeutung für politische bzw. unternehmerische Karrieren in aller Regel unterschätzt.⁵⁰

48 Schürmann 1997.

49 Siehe aber Appelius 1999, S. 436–442, zur Fehlinvestition in eine Offset-Anlage, die zum Untergang der Hamburger Morgenpost mitbeigetragen haben soll.

50 Dieser Hinweis auch bei Boll 2002, S. 13ff. Vgl. auch die Kurzbiographien bei Brunner 1996. Dagegen wurde die Bedeutung der Arbeitersekretariate bereits untersucht. Siehe Klaus Tenfelde, Arbeitersekre-

Es liegt die Frage nahe, wie sich die Arbeiterbewegung verhält, wenn sie in die Rolle ihres Widersparts schlüpft – hier interessiert besonders, ob sie ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen in ihren Unternehmen umsetzen konnte. Was lernte sie dabei für die Vermittlung und Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik? Wiesen sozialdemokratische Unternehmen einen spezifischen Charakter auf und wie ist dieser zu beschreiben und erklären? Welche wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ziele verfolgten die Betriebe und veränderten sich diese im Laufe der Zeit?

Darüber hinaus ist die weitere Erforschung der sozialdemokratischen Presse von Interesse, weil die Form der funktionalen und organisatorischen Verknüpfung der Partei mit ihren Medien eine in der deutschen Parteienlandschaft sonst nicht zu beobachtende Besonderheit darstellt. Die Untersuchung der Funktionsweise der Betriebe ist Grundlage für Erkenntnisse über die Ursachen des immer wieder diskutierten Niedergangs der Parteipresse. Hier können Forschungen, die sich auf sozial-, wirtschafts- und unternehmensgeschichtliche Methoden stützen, neue Aufschlüsse bieten. Dabei sollten die Betriebe der SPD zunächst als Unternehmen im engsten Sinn begriffen werden – um sie dann, nachdem ein Verständnis ihrer inneren Beschaffenheit erreicht wurde, in die Kontexte der Medienbranche, des politischen Systems und der Arbeiterbewegung einzuordnen.

Für die Erforschung des SPD-Unternehmensbereichs bzw. der unternehmerischen Betätigung der Arbeiterbewegung bieten sich gleich mehrere methodische Ansätze der historischen Unternehmensforschung an. Folgt man der Entwicklung und den Ergebnissen der Unternehmensgeschichte in Deutschland seit 1945⁵¹, dann fehlt es nämlich an fast allem: Es fehlt an einer Geschichte des Unternehmertums in der Arbeiterbewegung und ihren jeweiligen historischen Erscheinungsformen (vom Parteifunktionär, der im Nebenerwerb Verlagsleiter ist, über den typischen Gesellschafter eines „Parteiunternehmens“ bis zum Verlagsmanager). Es fehlt an historischen Studien über die „äußere“ Geschichte des Unternehmensbereichs bzw. einzelner Unternehmen, die ihre Bedeutung und Funktion innerhalb der jeweiligen Branche beurteilen. Es fehlt an Studien über die „innere“ Geschichte der Unternehmen, das heißt über ihre sich aus Außeneinflüssen und gewachsenen internen Pfadabhängigkeiten ergebenden Organisations- und Produktionsstrukturen. Es fehlt eine Sozialgeschichte der Arbeitnehmer in Betrieben der Arbeiterbewegung.⁵² Es fehlt an Studien über Probleme der betrieblichen Sozialpolitik, der Technikentwicklung und Ausformung spezifischer Unternehmenskulturen sowie an strukturgeschichtlichen Arbeiten überhaupt.⁵³

In Bezug auf die Erforschung der Unternehmungen der Arbeiterbewegung greift allerdings Toni Pierenkempers Plädoyer, „mit den Methoden der Ökonomik den inneren Handlungs-

täre. Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 (= Kleine Schriften/Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Nr. 13), Heidelberg ²1996.

⁵¹ Vgl. Jaeger 1992.

⁵² Vgl. Jin-Mo Lee, *Die Grenzen der Solidarität. Freie Gewerkschaften und SPD zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen 1930–1933*, Diss. Bochum 1997.

⁵³ Zu letzterem vgl. etwa die Pionierstudie von Jürgen Kocka, *Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914*, Stuttgart 1969. Weitere Beispiele bei Jaeger 1992, S. 118ff.

zusammenhang des Unternehmers im Unternehmen selbst zu untersuchen, den Unternehmer als Unternehmer endlich selbst ernst zu nehmen und nicht in erster sondern in zweiter Linie sein Handeln in anderen gesellschaftlichen Subsystemen⁵⁴ zu kurz, weil es die Eigenart politischer Tendenzbetriebe, parteieigener oder parteinaher Unternehmen nicht erfasst. Ihr Handeln folgte offensichtlich nicht nur ökonomischen sondern auch anderen Kalkülen, für deren Untersuchung im Fall der SPD-Betriebe nun auch konkret Quellen vorliegen.

Es bietet sich an, zunächst eine vorläufige Typologie von Unternehmen im Bereich der Arbeiterbewegung zu entwickeln. Grob unterscheiden lassen sich „reine Parteiunternehmen“, die in hohem Maße von Kapital und Führung der jeweiligen Parteigliederung abhängig sind. Ihre „parteiverbundene Aufgabe“ ist festgeschrieben, drückt sich in der Gestaltung der Produkte und der betrieblichen Beziehungen aus. Sie sind fest in das Gesamtsystem der Parteiorganisation integriert. Ihre Hauptziele sind politisch definiert, etwa indem sie für die Meinungsbildung unter den Mitgliedern oder in der Öffentlichkeit im Sinne der Partei tätig sind. Hierzu zählt – an besonders prominenter Stelle – der „Vorwärts“. „Tendenzunternehmen“ sind ebenfalls in den Produktionsprozess eingebunden, gehören der Partei oder sind Tochtergesellschaften von Parteibetrieben. Ihnen fällt eine Musterfunktion in der betrieblichen Sozialpolitik zu, das Selbstverständnis ist auf die Partei hin ausgerichtet. Es werden vor allem – aber nicht nur – parteinahe Erzeugnisse hergestellt, oder die Produktion von Fremdobjekten dient der Finanzierung anderer Unternehmensaktivitäten. Bei „Tendenzunternehmen“ handelt es sich zumeist um publizistische Unternehmungen wie Tageszeitungen. „Minderbeteiligungen“ dienen vor allem der Vermögensbildung und der Gewinnabführung an die Partei zur Mitfinanzierung politischer Aktivitäten. „Interessengemeinschaften“, zu denen die Konzentration GmbH zählte, übernehmen dagegen gemeinsame Aufgaben und Serviceleistungen für die Partei- und Tendenzunternehmen. Über sie können Gewinne an die Partei abgeführt werden. Eine „Obergesellschaft“, zu der sich die „Konzentration“ entwickelte, setzt den Einfluss der Partei im Verbund ihrer Unternehmen durch, hält Beteiligungen an anderen Unternehmungen oder organisiert die Aufgaben einer Partei im Rahmen des Unternehmensverbundes. Gewinne werden auch hier für die Partei verwendet. Andererseits kann die Partei der Obergesellschaft Kapital zuführen.

Die hierdurch bereits angedeutete komplexe Struktur von Unternehmensbereichen der Arbeiterbewegung und von Parteien verbietet eine methodische Verengung. Die Geschichte der Unternehmen der SPD bzw. ihres Unternehmensbereichs läßt sich im Rahmen der Mikroökonomie ebenso schreiben wie im Rahmen der Organisationstheorie, der Sozialgeschichte oder Arbeiterbewegungshistoriographie, wobei jeweils neue Ansätze zum Zuge kommen können: die Institutionenökonomik und ökonomische Evolutionstheorie, der Neoinstitutionalismus und Betrachtungen zur Evolution von Organisationen, die gesell-

54 Toni Pierenkemper, Was kann eine moderne Unternehmensgeschichtsschreibung leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999), S. 21. Siehe auch ders.: Unternehmensgeschichte. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000.

schafts- und sozialhistorische Erweiterung traditioneller politikgeschichtlicher Ansätze etwa durch milieuhistorische Zugänge.⁵⁵

An Themen zur Erforschung des SPD-Unternehmensbereichs mangelt es nicht. So bieten sich (für die Zeit nach 1945) als Promotionsforschungen zunächst konkret an:

Unternehmensstudien über den „Vorwärts“, den Berliner „Telegraf“, die „Hamburger Morgenpost“ und die „Westfälische Rundschau“,

eine Strukturgeschichte der „Konzentration“ sowie der Hamburger Druck- und Verlagsgesellschaft,

eine Kollektivbiographie „sozialdemokratischer Unternehmer“,

eine Strukturgeschichte des SPD-Unternehmensbereichs,

eine Studie über das regionale Milieu der Arbeiterbewegung nach 1945, die den Unternehmensbereich mit aufnimmt, etwa bezogen auf Dortmund als „Herzkammer der Sozialdemokratie“ (Herbert Wehner).

Die Akten der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) und der Konzentration im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Als ein besonderes Problem der Unternehmensgeschichtsschreibung erweist sich immer wieder die Lückenhaftigkeit, die uneinheitliche Qualität und Zerstreutheit der Quellen.⁵⁶ Vor diesem Hintergrund bilden die Akten des Unternehmensbereichs der SPD im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung einen einzigartigen Bestand, wie sich schon allein an seiner quantitativen Dimension ablesen lässt. Während die beiden in Deutschland führenden regionalen Wirtschaftsarchive, das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv in Köln und das Westfälische Wirtschaftsarchiv in Dortmund, Sammlungen in rund 5.000 Regalmetern beherbergen, umfasst die Bonner Sammlung von SPD-Unternehmensakten derzeit über 1.300 Regalmeter. Nach ihrer archivalischen Aufarbeitung dürfte sie immer noch rund 800 Regalmeter betragen.

Die zu erschließenden Akten des SPD-Unternehmensbereichs gewähren den Blick auf interne Vorgänge in den Betrieben, so dass die Perspektive der bisherigen Forschung umgekehrt werden kann. Dabei ist nicht mehr allein die Frage relevant, welche Veränderungsprozesse in der Umwelt (Medienlandschaft, Milieuauflösung, Lockerung der Parteibindung)⁵⁷ das Schicksal der Unternehmen bestimmt haben. Es kann nun auch erforscht werden, wie die

55 Vgl. hierzu anregend und mit weiterer Literatur: Werner Plumpe, Das Unternehmen als soziale Organisation – Thesen zu einer erneuerten historischen Unternehmensforschung, in: AKKUMULATION. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte Nr. 11/1998, S. 1–7.

56 Jaeger 1992, S. 127.

57 Siehe hierzu Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlage, Kultur und Politik, Frankfurt/M. 1984.

Parteiunternehmen auf diesen Strukturwandel reagierten. Nur aus der inneren Perspektive der Abläufe im Unternehmen ist zu klären, welche Wahrnehmungsmuster und erfolgreichen oder missglückten Anpassungsprozesse die Entwicklung des Unternehmens unter dem Anpassungsdruck sich wandelnder gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erfordernisse bestimmt haben.

Der DDVG-Bestand enthält Materialien zu zahlreichen Unternehmen des SPD-Unternehmensbereichs. Der Bestand bietet vor allem Quellen aus der Zeit nach 1945 und erlaubt einen weiten Blick auf die jüngere Geschichte der Arbeiterbewegung bis hinein in die 1980er Jahre. Die Unterlagen einige Betriebe, wie etwa der Westfälischen Verlagsgesellschaft/Westfälische Rundschau, sind in einem Umfang überliefert, der auch größere Forschungsprojekte zur Geschichte des speziellen Unternehmens zulässt. Ebenso finden sich Quellen zu den weiteren Formen von Eigenbetrieben: Druckereien und Verlage, Pressedienste, Buch- und Versandhandelsunternehmen oder Spielehandlungen. Es finden sich ebenfalls Quellen zu den Anfängen der heutigen, erweiterten Geschäftstätigkeit der Partei (z.B. mit Leserreisen der Einstieg in die Tourismusbranche). Der größte Teilbestand enthält Akten des Neuen Vorwärts Verlages, darunter befindet sich auch eine umfangreiche Überlieferung der Wochenzeitung „Vorwärts“.

Die Überlieferung ist vielgestaltig und reicht von Verträgen über Sitzungsprotokolle, in- und externer Korrespondenz bis zu Personal- und Buchhaltungsunterlagen. Zwar sind Art und Umfang der Quellen für einzelne Unternehmen nicht gleichförmig, dennoch lassen sich jeweils interessante Studien zu verschiedenen Themenkomplexen und Fragestellungen aus dem Material entwickeln. Wird eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse auch nicht immer zu erzielen sein, so können vorhandene Quellenlücken doch durch Parallelüberlieferungen überbrückt werden. Sowohl die Veröffentlichungen der Unternehmen als auch diejenigen der Partei können hierfür herangezogen werden. Dabei wird noch einmal deutlich, dass der Bestand nicht nur ein neues Forschungsfeld erschließt, sondern ebenso wichtige Querverbindungen und Erweiterungen zu anderen Themenkomplexen und Überlieferungen ermöglicht.

Bevor das Quellenmaterial einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wird, ist es zunächst jedoch nötig, dieses systematisch zu identifizieren: Da der Bestand völlig ungeordnet ist, muss er zunächst gesichtet, geordnet und erschlossen werden. Außerdem ist es notwendig, das Material archivtechnisch aufzuarbeiten. Ein großer Teil besonders relevanter Unterlagen ist auf anfälligem Durchschlagpapier erhalten, gedruckte Quellen sind zum Teil aufgrund der schlechten Papierqualität gefährdet. Bücher, Belegexemplare von Zeitungen sowie Fotos können in die allgemeinen Bestände von Bibliothek und Archiv eingegliedert werden und diese bereichern.

Nach der Vorverzeichnung und archivalischen Erschließung des Bestandes wird zunächst eine Reihe von Einzelstudien zu bestimmten Unternehmen entstehen, um Basiswissen über das Phänomen des sozialdemokratischen Wirtschaftsbetriebes in der Nachkriegszeit zu gene-

rieren. Der bisherigen Forschung fehlen grundlegende Informationen über die innere Struktur der Betriebe, Mitarbeiterbeziehungen, die Zusammensetzung der Belegschaften – ja selbst über die technischen Bedingungen der Produktions- und Verwaltungsabläufe. Die Kommunikations- und Einflusswege zwischen Betriebsangehörigen, -leitungen, regionalen und übergeordneten Parteistellen lassen sich an Fallbeispielen nachzeichnen. Hierfür können Korrespondenzunterlagen und Querüberlieferungen dienen. Mit diesem Material kann untersucht werden, welche Rolle persönliche und informelle Kontakte im Verhältnis zur formellen Organisation der Leitung der Betriebe spielten – eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Bedeutung des Milieus, der Exilerfahrungen und des Generationenwechsels in der Parteiführung. Letztlich wird dies auch Erkenntnisse über die Effizienz der übergeordneten Gesellschaften des Unternehmensbereiches in ihren verschiedenen Ausgestaltungs- und Entwicklungsphasen – etwa der Konzentration GmbH – ermöglichen. So können auch den verschiedensten Mutmaßungen über die Ursachen für die Krise und den Niedergang der SPD-Presse aus der Innenperspektive heraus fundierte Erkenntnisse entgegengestellt werden.

Es können weitere Fragen aus dem Bestand heraus untersucht werden, die sich auf der Ebene des Unternehmens ergeben. Diese beziehen sich auf eine etwaige besondere sozialdemokratische Ausrichtung der Betriebspolitik, den Einfluss der Medienpolitik der Partei auf den Unternehmensbereich oder das Wirken der Obergesellschaften. Diese Gesellschaften stellen gewissermaßen gemeinwirtschaftliche Unternehmen innerhalb der Sphäre des SPD-Unternehmensbereiches dar. Die fundierte Untersuchung ihrer Geschichte ist deshalb als Brennpunkt sozialdemokratischer Unternehmenspolitik von Bedeutung.

Grundsätzlich bleibt zu klären, um welche Unternehmensformen es sich bei den SPD-Betrieben jeweils handelte, welcher Zielsetzung sie unterlagen, wie diese Ziele definiert, kommuniziert und durchgesetzt wurden: Welche Wandlungen des Verhältnisses von Partei und Unternehmen lassen sich erkennen und wie korrespondierten diese mit der allgemeinen Entwicklung der Partei? Betrachtete die Partei ihre Unternehmen als Geldquellen, als Agitationsinstrumente oder als sozialpolitische Musterbetriebe? Hier lassen sich vielfältige Bezüge und Erkenntnisse auch zu einzelnen (politischen) Akteuren der SPD-Geschichte herstellen (etwa Fritz Heine oder Herbert Wehner, den Schatzmeistern, zu wichtigen Publizisten).⁵⁸

Eine überblicksartige Darstellung der betrieblichen und wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich, in einigen Fällen auch sehr detailliert, aus den Betriebsanalysen, Buchhaltungs- und Betriebsunterlagen gewinnen. Sie dienen dazu, den mikroökonomischen Hintergrund für das unternehmerische Agieren der Partei zu klären. Auf der Grundlage des gesichteten und aufbereiteten Materials (neben dem vorhergenannten auch Verträge, Lizenzen und Sitzungsprotokolle) und von Einzelstudien wird es möglich werden, das Geflecht der einzelnen Betriebe und wirtschaftlichen Aktivitäten strukturiert darzustellen sowie die Reichweite und Funktion einzelner Produkte weiter zu analysieren. Es ist zu fragen, wie sich das Verhältnis der Be-

⁵⁸ Auch hier gibt es bisher nur autobiographische Ansätze, wie Gerhard E. Gründler, Einmal vorwärts und zurück, Hamburg 2002.

triebe untereinander und als Gruppe gegenüber der Partei und der Medienöffentlichkeit gestaltete. Besonders den Pressediensten als Instrument der Beeinflussung der „veröffentlichten“ Nachricht und Meinung sollte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der strategische Umgang mit ihnen und ihre Positionierung/Funktionszuweisung gegenüber den anderen Printmedien ist hier zu untersuchen. Vergleiche zwischen den Unternehmen können klären, unter welchen regionalen, politischen und strukturellen Bedingungen SPD-Betriebe erfolgreich wirtschafteten. Hieraus lassen sich wiederum fundierte Aussagen über die Ursachen des Niedergangs der parteinahen Presse herausdestillieren: Welchen Anteil hatten allgemeinwirtschaftliche Prozesse, der Wandel und die Konzentration in der Medienlandschaft, gesellschaftliche Strukturveränderungen und die Auflösung der Milieus, distributive und technische Entwicklungen oder unternehmerische Fehlleistungen (der Geschäftsleitung, der Partei, der Dachgesellschaften)? Wie wirkten sich diese Faktoren aus? Auch die Fortentwicklung und Bedeutung des Treuhandsystems wäre eine Studie wert, da in diesem schriftlich fixierten Handlungsmodell historisch-politische und wirtschaftliche Erfahrung und deren Verarbeitung in einem Unternehmenssystem zu harter Überlieferung gerinnen.⁵⁹

Mit einem größeren Wissen über die Pressebetriebe kann über die meist regionsbezogenen Unternehmensstudien das Verhältnis der Parteizentrale zu ihren Substrukturen und zu den Mitgliedern und Wählern beleuchtet werden. Was bedeutet der Verlust der Leser-Blatt-Bindung für die Bindung der Mitglieder und Wähler an ihre Partei? Dies lässt sich an der Kommunikation in den, mit den und über diese Betriebe ablesen. Hier bieten Leserbriefsammlungen und Abbestelleranalysen eine wichtige Quellengrundlage.

Die Ergebnisse solcher Einzelstudien und deren Vergleich bieten dann die Möglichkeit, die bisherigen Forschungen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihrer Eliten, der Milieu- und Gesellschaftsstrukturen und den Wandel der Medienlandschaft bis weit in die Geschichte der Bundesrepublik hinein zu überprüfen und zu erweitern. Das Verhältnis der Medien untereinander – auch im engeren Rahmen der Parteien-, Verbands- und Fachpresse – ist ebenso relevant wie das Verbandswesen in der Presse: Wie organisieren sich Presse-Unternehmen (etwa gegenüber den neuen Medien), Mitarbeiter und Journalisten, welche Besonderheiten gibt es bei deren sozialdemokratischen Vertretern? Dazu findet sich Korrespondenz mit und Material von und über die Verbände (z.B. die „deutsche Journalisten union“). Danach wird ein Vergleich der sozialdemokratischen Wirtschaftsunternehmungen mit denen anderer Bereiche der Arbeiterbewegung, etwa mit dem großen, z.T. bereits besser erforschten Feld der Gewerkschaftsbetriebe oder Genossenschaften, wichtige Erkenntnisse über das Binnenverhältnis der Strömungen der Arbeitnehmerbewegung und die Bandbreiten und Spielräume ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten erlauben. Ebenso würde die Untersuchung der SPD-Unternehmen eine der Grundlagen für einen Vergleich der Wirtschaftsbeiräte bundesdeutscher Parteien sowie internationale Vergleiche zur wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiterbewegungen ermöglichen.

59 Vgl. hierzu als erste Skizze: Boll 2002, S. 70ff.

In den politikwissenschaftlich angelegten Studien von Ressmann und Wewer⁶⁰ – die beide vor allem über den Mangel an Zugriffsmöglichkeiten auf die Überlieferung klagen – wird darauf hingewiesen, dass es noch „keine ausgefeilte Theorie der wirtschaftlichen Unternehmung von politischen Parteien“ gibt. Außerdem wird zur Bearbeitung des Themas eine interdisziplinäre Herangehensweise gefordert. Beides steckt noch in den Anfängen.

Dass sich – trotz der bisher schwierigen Quellenlage – in jüngster Zeit Forscher und Journalisten dem Thema SPD-Betriebe zu nähern versucht haben, belegt ein wachsendes wissenschaftliches und öffentliches Interesse. Ein offener Umgang und fundierte Studien mit den nun nutzbar werdenden Quellen können endlich viele Spekulationen um die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Unternehmen nachprüfbar machen und beenden. Gleiches gilt für manche Spekulation um die Quellen und ihren vermeintlich brisanten Inhalt selbst.

Karsten Rudolph, Ursula Bitzegeio, Rainer Fattmann, Jens Scholten

⁶⁰ Ressman 1991; Wewer 1987.